

Wege des Friedens gehen

Unter dem Titel "Quo vadis, Israel?" beleuchteten Experten den Nahostkonflikt



Hochkarätiges Podium | FOTO: PRIVAT

Niesen (NW/scho). "Wir sollten eine Mauerverwertungsgesellschaft gründen", mit dieser originellen Idee einer gewaltlosen Initiative in Israel und Palästina überraschte Rupert Neudeck während der Tagung zum Nahostkonflikt auf der Hegge.

"Historisch gesehen ist jede Mauer irgendwann gefallen", sagte Neudeck. "Wir sollten daher schon jetzt eine Gesellschaft gründen, bei der man statt Aktien Steine der Mauer kaufen kann, die Israel auf palästinensischem Boden errichtet hat.

Den Auftakt der Veranstaltung gab Dr. Ghaleb Natour, Palästinenser aus Israel und seit 1979 als Physiker in Deutschland lebend, indem er die aktuelle Lebenssituation der arabischen Bevölkerung in Israel darstellte. Seit der Gründung des Staates Israel habe sich die Lage immer weiter verschlechtert, so Natour. Aus diesem Grund sei 1948, das Datum der israelischen Staatsgründung, aus palästinensischer Perspektive das Jahr der Katastrophe. "530 Dörfer wurden zerstört, stattdessen wurden 700 jüdische Siedlungen errichtet", rechnete Natour vor. "Nicht nur eine Vertreibung, ein regelrechter Austausch der Bevölkerung fand statt", so seine bittere Bilanz. 1947 habe die Bevölkerung im palästinensischen Raum zu 70 Prozent aus Arabern bestanden, Ende 1948 seien 85 Prozent der arabischen Bevölkerung vertrieben oder ermordet worden.

Die in Israel verbliebenen Palästinenser wurden von der arabischen Welt abgeschnitten und innerhalb des neugegründeten Staates wie Staatsfeinde behandelt. Diese feindliche Einstellung gegenüber der arabischen Bevölkerung trage sich bis heute durch.

Diese Tatsache erläuterte Natour an Beispielen alltäglicher Schikane und offener Diskriminierung: Da gebe es etwa das Phänomen "nichtanerkannter arabischer Dörfer im Negev und in Galiläa." Diese Dörfer gelten offiziell als "nichtexistent", seien daher ohne Infrastruktur, ohne Strom, Wasser, Postanbindung, ohne Schulen und Krankenhäuser. Da sei das Phänomen, dass Menschen arabischer Abstammung viele Berufsausbildungen verwehrt sind, sie auch viele Berufe faktisch nicht ausüben könnten.

"Natour, der die traurigen Fakten seines Heimatlandes sachlich und ohne jede Anklage darstellte, ruft nicht zum Krieg gegen Israel auf", sagt Tagungsleiterin Dorothee Mann. Er bejahe den Staat Israel trotz aller selbst erfahrener Diskriminierung. Er suche nach Wegen des Friedens zwischen beiden Parteien. Er lade jüdische und arabische Jugendliche aus Israel zu Dialogwochen ein, "damit man konkrete Gesichter der anderen Seite kennen lernt".

"Ist Israel überhaupt noch eine Demokratie?"

Die Heggetagung bot eine ungewöhnliche Möglichkeit, über die aktuelle Realität in Israel und Palästina aus erster Hand informiert zu werden. "Ist Israel überhaupt noch eine Demokratie?", fragte eine aufgebrachte Teilnehmerin. "Die Meinungen sind da geteilt," antwortet Natour und zitierte einen hohen israelischen Staatsrechtler, der formulierte: "Israel ist keine Demokratie, sondern eine Ethnokratie. Israel ist eine selektive Demokratie für eine bestimmte ethnische Gruppe."

Der zweite Referent, Rupert Neudeck, mit vielen Elendsgebieten weltweit vertraut, machte in seinen Ausführungen deutlich, dass die Palästinafrage kein lokaler Konflikt, sondern ein Weltkonflikt sei. "Die ganze muslimische Welt tobt wegen des Palästina-Konflikts", sagte Neudeck, der auf die wichtige und zugleich gefährliche Rolle des Iran hinwies und an die deutsche und europäische Politik appellierte: "Wir müssen die Opposition im Iran stärken."

Prof. Dr. Udo Steinbach, Islamwissenschaftler und langjähriger Leiter des Orient-Instituts, fügte einen weiteren Problemhorizont ein: "Die Drohungen des iranischen Präsidenten gegenüber Israel muss man ernst nehmen", so Steinbach. Dabei würde "scheußlicherweise sowohl von Seiten Ahmadinejads wie auch von Seiten Israels der

Holocaust instrumentalisiert".

Prof. Dr. Rolf Verleger, deutschjüdischer Professor für Psychiatrie in Lübeck, wies auf die innerjüdische Kritik am Zionismus im 19. und 20. Jahrhundert hin. Von besonderem Interesse für die Teilnehmer war die Diskussion der Frage, inwieweit Kritik an israelischer Politik als Antisemitismus zu bezeichnen sei. "Das Bewusstsein für die verbrecherische deutsche Vergangenheit ist für mich eine notwendige Voraussetzung für eine Kritik am Staat Israel", so Verleger, dessen Großeltern durch die Nationalsozialisten ermordet wurden und dessen Vater Auschwitz überlebte. In Deutschland sieht Verleger keine Gefahr, dass der Holocaust geleugnet werde.

Dokumenten Information

Copyright © Neue Westfälische 2010

Dokument erstellt am 17.12.2009 um 17:07:49 Uhr

Letzte Änderung am 17.12.2009 um 20:36:27 Uhr

URL: http://www.nw-news.de/lokale_news/warburg/warburg/?em_cnt=3294646&em_loc=164